

Matthies, Klaus

**Article — Digitized Version**

## EG-Kohlepolitik unter Anpassungszwängen: Kohlenkrise

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Matthies, Klaus (1983) : EG-Kohlepolitik unter Anpassungszwängen: Kohlenkrise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 11, pp. 543-547

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135857>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## KOHLLENKRISE

### EG-Kohlepolitik unter Anpassungszwängen

Klaus Matthies, Hamburg

**Die Steinkohleförderung in der EG wird in diesem Jahr zum dritten Mal nacheinander niedriger als im Vorjahr sein. Vor allem die deutschen Zechen mußten 1983 ihre Förderung stark einschränken. Dennoch stiegen die Kohlehalden weiter an. Eine Revision der Kohlepolitik scheint notwendig.**

Seit der ersten Ölpreisexplosion vor zehn Jahren verfolgt die Energiepolitik der EG das Ziel, „durch rationellere Energienutzung und stärkere Diversifizierung der Energieversorgung die Abhängigkeit vom Öl zu verringern“<sup>1</sup>. Dazu sollte die Kohle als umfangreichste heimische Energieressource der Gemeinschaft einen wesentlichen Beitrag leisten. Dies bedeutete die Umkehr eines lang anhaltenden Trends.

Kohle, die einst weitaus wichtigste Energiequelle Europas und der industrialisierten Welt, hatte nämlich schon ab Mitte der fünfziger Jahre fortschreitend an Bedeutung verloren. Von 1960 bis 1973 sank der Anteil der Steinkohle am Primärenergieverbrauch der heutigen EG-Länder von 60 % auf 20 %<sup>2</sup>. Anstelle von Kohle wurden zunehmend die billigeren und „benutzerfreundlichen“ Energieträger Öl und Erdgas eingesetzt. Aus einigen traditionellen Einsatzbereichen wurde Kohle fast vollständig verdrängt: im Schienenverkehr durch Dieselöl und elektrischen Strom, bei der Raumheizung durch Heizöl, Erdgas und Strom; die Erzeugung von Stadtgas wurde weitgehend durch Erdgasimporte abgelöst.

Die Ölpreisexplosion hat diese Entwicklung deutlich gebremst. Der Verbrauch an Steinkohle in der EG war im Jahre 1982 mit 302 Mill. t nur um 2,7 % niedriger als 1973 (vgl. Tabelle 1); bei der gleichzeitigen Abnahme des gesamten Energieverbrauchs stieg der Anteil der Steinkohle sogar leicht an. Das gilt allerdings nicht für

Kohle aus Zechen der Mitgliedsländer: Die Förderung in der EG sank im selben Zeitraum um 11 % auf 241 Mill. t. Dagegen erhöhten sich die (Netto-)Bezüge aus Drittländern um 139 % auf 69 Mill. t. Der – nach 1973 lediglich verlangsamte – Rückgang der Kohleproduktion in der EG ging mit einer immer stärkeren Konzentration auf wenige Länder einher. So schränkten im Zeitraum 1960 bis 1982 Großbritannien und die Bundesrepublik – auf sie entfielen zuletzt 90 % der Kohleproduktion in der Gemeinschaft – ihre Förderung um rd. ein Drittel, Frankreich und Belgien aber um zwei Drittel ein<sup>3</sup>.

Die gegenwärtig geförderten Mengen werden überwiegend im jeweiligen Produktionsland verbraucht. Nur ein geringer und im Zeitablauf schrumpfender Teil – 1982 rd. 10 %<sup>4</sup> der Förderung – wird ausgeführt, vor allem in andere Gemeinschaftsländer. Hauptexporteur ist die Bundesrepublik, die überwiegend Koks- und Kohle für die Stahlerzeugung nach Frankreich, Italien und den Beneluxländern liefert, gefolgt von Großbritannien, das vor allem Kraftwerkskohle nach Dänemark, der Bundesrepublik und Frankreich exportiert.

Für alle Förderländer in der EG gilt – wenn auch in unterschiedlichem Maße –, daß die Steinkohleproduktion zumindest zu einem wesentlichen Teil gegenüber Kohle aus vielen anderen Ländern nicht konkurrenzfähig ist. Die durchschnittlichen Förderkosten für Steinkohle lagen nach Ermittlungen der EG-Kommission 1981 zwischen 90 und 120 US-\$ je t und damit teilweise um ein

---

*Klaus Matthies, 36, Dipl.-Volkswirt, leitet die Forschungsgruppe Energieversorgung und Energiepolitik des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.*

<sup>1</sup> EG-Kommission: Die Rolle der Kohle in der Energiestrategie der Gemeinschaft, Dokument KOM (82) 31 vom 10.2.1982.

<sup>2</sup> Berechnet nach Energiestatistiken von OECD und Eurostat.

<sup>3</sup> Nicht berücksichtigt ist Irland, das 1982 noch 60 000 t Steinkohle förderte. Bis zur Mitte der 70er Jahre wurde Steinkohle auch in den Niederlanden und Italien gefördert.

<sup>4</sup> Einschließlich Koks (t=t).

Mehrfaches über den Förderkosten anderer Kohleländer. Trotz höherer Belastung mit Frachtkosten ist Importkohle erheblich billiger<sup>5</sup>. Angesichts der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit heimischer Steinkohle sowohl gegenüber Öl und Erdgas als auch gegenüber Steinkohle von außerhalb der Gemeinschaft griffen die Förderländer in der Vergangenheit zu einer langen Reihe von Maßnahmen zugunsten des Kohlebergbaus.

Obwohl die schon 1951 gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) die Keimzelle der Bemühungen um eine europäische Wirtschaftsintegration war, blieb Kohlepolitik faktisch weitgehend den einzelnen Mitgliedsländern überlassen. Dies dürfte seinen Grund vor allem in den grundlegenden Interessensgegensätzen haben, die sich aus der unterschiedlichen Ausstattung mit Kohlevorkommen ergaben und die schon im Laufe der fünfziger Jahre mit dem Vordringen des Öls immer ausgeprägter wurden. Die gemein-

schaftlichen Elemente blieben daher – anders als etwa auf dem Agrarmarkt – äußerst begrenzt.

War bei Gründung der Montanunion, vor allem auf die Bundesrepublik zielend, noch die Vergemeinschaftung der Kohle im Falle einer Versorgungskrise vereinbart worden, so wurden später, als Gemeinschaftskohle ihre Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hatte und die staatliche Subventionierung des Kohleabsatzes begann, nur in geringem Umfang Gemeinschaftshilfen eingeführt. Die EGKS beteiligt sich an Beihilfen zum innergemeinschaftlichen Koks- und Kohleabsatz, zu Forschungsprojekten und zu Anpassungsmaßnahmen für freigesetzte Arbeitskräfte. Daneben spielt die Gemeinschaft aber eine immer wichtigere Rolle bei der Gewährung von zum Teil

<sup>5</sup> Vgl. EG-Kommission: Die Rolle der Kohle, a.a.O., Anhang A: d i e s . . : Arbeitsprogramm auf dem Gebiet der festen Brennstoffe, Dokument KOM (83) 54 vom 9.2.1983, S. 4 ff.; sowie IEA: World Energy Outlook, Paris 1982, Tabelle 6.16, S. 314.

<sup>6</sup> Vgl. EG-Kommission: Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates . . . , Dokument KOM (83) 447 vom 8.8.1983, S. 2.

**Tabelle 1**  
**Steinkohle in der EG**  
**Verbrauch, Förderung und Außenhandel 1973 und 1982**  
(Mill. t)

|                           | Verbrauch |       | Förderung |       | Intra-EG-Exporte |      | Nettoimporte aus Drittländern |      |
|---------------------------|-----------|-------|-----------|-------|------------------|------|-------------------------------|------|
|                           | 1973      | 1982  | 1973      | 1982  | 1973             | 1982 | 1973                          | 1982 |
| EG insgesamt <sup>1</sup> | 310,4     | 302,0 | 270,2     | 241,3 | 18,4             | 16,1 | 28,9                          | 69,0 |
| davon:                    |           |       |           |       |                  |      |                               |      |
| Großbritannien            | 133,6     | 111,6 | 130,1     | 121,5 | 2,6              | 5,9  | 1,2                           | 2,0  |
| Bundesrepublik            | 98,5      | 91,6  | 103,7     | 96,3  | 13,4             | 8,7  | 3,9                           | 7,9  |
| Frankreich                | 40,3      | 45,6  | 25,7      | 16,9  | 0,8              | 0,6  | 5,4                           | 16,8 |
| Belgien                   | 17,0      | 16,1  | 8,8       | 6,5   | 0,3              | 0,6  | 3,4                           | 8,5  |
| Andere                    | 21,0      | 37,1  | 1,9       | 0,1   | 1,3              | 0,3  | 15,0                          | 33,8 |

<sup>1</sup> Ohne Griechenland.  
Quelle: eurostat.

**Tabelle 2**  
**Staatliche Beihilfen für den Steinkohlebergbau in der Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien 1972-1982**  
(ohne/einschließlich Zuschüsse zur Sozialversicherung)

| Jahr | Bundesrepublik <sup>1</sup> |        | Frankreich             |                      | Großbritannien <sup>2</sup> |       |
|------|-----------------------------|--------|------------------------|----------------------|-----------------------------|-------|
|      | Mill. DM                    | DM/t   | Mill. DM               | DM/t                 | Mill. DM                    | DM/t  |
| 1972 | 1240/ 4542                  | 11/ 42 | 967/2323               | 32/ 78               | 0/ 175                      | 0/ 1  |
| 1973 | 1693/ 5208                  | 16/ 50 | 1175/2698              | 46/105               | 1571/1781                   | 12/14 |
| 1974 | 1965/ 5875                  | 20/ 58 | 839/2449               | 37/107               | 134/ 487                    | 1/ 4  |
| 1975 | 2091/ 6327                  | 21/ 64 | 934/3079               | 42/137               | 0/ 250                      | 0/ 2  |
| 1976 | 2710/ 7820                  | 28/ 81 | 1243/3603              | 57/165               | 50/ 317                     | 0/ 3  |
| 1977 | 3575/ 9134                  | 39/100 | 1560/4159              | 73/195               | 97/ 375                     | 1/ 3  |
| 1978 | 5273/11372                  | 59/126 | 1676/4532              | 85/230               | 453/ 730                    | 4/ 6  |
| 1979 | 6679/12907                  | 72/138 | 1718/4845              | 92/260               | 734/1036                    | 6/ 9  |
| 1980 | 6050/12616                  | 64/134 | 1721/5187              | 95/286               | 739/1139                    | 6/ 9  |
| 1981 | 5756/12560                  | 60/131 | 1704/5350 <sup>3</sup> | 92/288 <sup>3</sup>  | 2065/2829                   | 16/23 |
| 1982 | 4786/11582                  | 50/120 | 2163/5700 <sup>3</sup> | 128/337 <sup>3</sup> | 1636/2539                   | 13/21 |

<sup>1</sup> Einschließlich Ausgleichsabgabe nach dem 3. Verstromungsgesetz (Kohlepfennig); <sup>2</sup> April bis März des folgenden Jahres; ohne Kostenausgleich innerhalb des Sozialversicherungssystems; <sup>3</sup> Sozialversicherungsleistungen geschätzt.  
Quelle: BMWi, nach Jahresbericht 1982 des Vereins Deutscher Kohleimporteure; BMF: Finanzbericht, div. Jgg.; Geschäftsberichte von Charbonnages de France und National Coal Board; eurostat (Fördermengen).

zinsvergünstigten Darlehen. Während der vergangenen fünf Jahre hat sie etwa ein Viertel der Investitionen des Steinkohlebergbaus finanziert<sup>6</sup>.

In den meisten Förderländern haben die Regierungen demgegenüber mit großem Aufwand versucht, den Schrumpfungsprozeß im Steinkohlebergbau aufzuhalten. Wichtigste Maßnahme sind nationale Subventionen. Nach dem EGKS-Vertrag sind diese zwar grundsätzlich verboten, die Kommission hat aber 1964/65 durch Verordnung die Grundlage für finanzielle Hilfen an den Bergbau geschaffen. Die Regierungen der Förderländer haben zu verschiedenen Zeiten unterschiedlichen Gebrauch von diesen Möglichkeiten gemacht; entsprechend änderte sich die Struktur der Subventionen im Zeitablauf, bei insgesamt stark steigendem Trend (vgl. Tabelle 2). Dabei zahlen Belgien<sup>7</sup> und Frankreich die höchsten und Großbritannien die niedrigsten Subventionen. Der Ländervergleich wird allerdings erschwert durch unterschiedliche organisatorische Regelungen. So machen die Zuschüsse zur Sozialversicherung der Bergleute in den kontinentaleuropäischen Ländern mehr als die Hälfte der gesamten staatlichen Subventionen für den Steinkohlebergbau aus. In Großbritannien dagegen ist der Bergbau in das allgemeine staatliche Sozialversicherungssystem integriert, so daß entsprechende Leistungen für diesen Sektor nicht sichtbar werden<sup>8</sup>.

### Schutzmaßnahmen

Über die Subventionierung hinaus wird die heimische Kohle auch durch Maßnahmen gegen andere Energieträger geschützt. Hierzu gehört einmal die Besteuerung von Heizöl; sie hat aber das Vordringen des Öls wenig gebremst. Von größerer Bedeutung sind in allen Förderländern die Beschränkungen für Kohleimporte aus Ländern außerhalb der EG:

□ in der Bundesrepublik durch das Zollkontingentgesetz sowie durch vertragliche Abnahmeverpflichtungen der beiden Hauptabnehmer Elektrizitätswirtschaft und Stahlindustrie,

□ in Frankreich als Ergebnis der Koordinierung der Kohleimporte mit den Absatzplanungen der Charbonnages de France durch die halbstaatliche Importgesellschaft ATIC,

<sup>7</sup> Die Kohlesubventionen in Belgien werden für das Jahr 1980 auf 120 DM/t ohne und 380 DM/t einschließlich Sozialversicherungszuschüsse geschätzt. Vgl. Report der Energy Task Force beim britischen National Economic Development Council, NEDC (18) 59 vom 6. 11. 1981, Tabelle 9, S. 31.

<sup>8</sup> Bei den in Tabelle 2 enthaltenen Sozialleistungen in Großbritannien handelt es sich um zusätzliche Leistungen an ehemalige und vorzeitig ausscheidende Bergleute.

<sup>9</sup> Vgl. EG-Kommission: Die Rolle der Kohle, a.a.O., S. 19.

□ in Belgien durch die Erteilung von Importlizenzen,  
 □ in Großbritannien durch Druck seitens der Regierung auf die staatlichen Unternehmen der Stahlindustrie und Elektrizitätswirtschaft. In der Regel beschränkt sich der Import hier auf Qualitäten, die aus heimischer Förderung nicht zur Verfügung stehen.

Im Gegensatz dazu haben die Mitgliedsländer der EG, die keine Steinkohle fördern, die Einfuhr von Kohle aus Drittländern liberalisiert, und es gibt – abgesehen von den genannten gemeinschaftlichen Absatzhilfen – keine Präferenzregelungen für Gemeinschaftskohle.

Die Wirkungen der staatlichen Maßnahmen zugunsten heimischer Steinkohle können nicht quantifiziert werden. Die bestehenden Preisunterschiede sprechen aber dafür, daß der Verbrauch von EG-Kohle ohne diese Maßnahmen wesentlich geringer und die Drittländerimporte erheblich höher wären als gegenwärtig; die Kohleförderung und die Förderkapazitäten hätten also sehr viel stärker eingeschränkt werden müssen.

Der Kostennachteil der EG-Kohle entspringt vor allem ungünstigen geologischen Bedingungen. Nach Schätzungen der EG-Kommission waren Anfang 1982 lediglich 20 bis 25 % der Produktion voll mit Importkohle wettbewerbsfähig, 15 % dagegen überhaupt nicht. Der verbleibende Rest von 60 bis 65 % wird ebenfalls als derzeit nicht wettbewerbsfähig eingestuft, „allerdings oft nur im Grenzbereich“<sup>9</sup>, so daß hier Investitionen zur Produktivitätssteigerung sinnvoll sein könnten. Das Ziel, den Steinkohlebergbau wettbewerbsfähig zu machen, wurde allerdings schon in der Vergangenheit zunehmend verfehlt, wie die steigenden finanziellen Hilfen und der dennoch wachsende Einsatz von Steinkohle aus Drittländern in der EG zeigen. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Arbeitsproduktivität im Steinkohlebergbau der EG beträchtlich stieg, teils durch Rationalisierung der Produktion, teils durch Schließung der Zechen mit besonders geringer Produktivität. Von 1960 bis 1982 sank so bei einem Rückgang der Förderung um 45 % die Zahl der im Steinkohlebergbau der EG Beschäftigten um zwei Drittel.

Seit Beginn der achtziger Jahre haben sich mit der Wachstumsstockung in den Industrieländern neue Absatzprobleme ergeben. Der Stromverbrauch und damit der Brennstoffeinsatz in den Kraftwerken stagniert, die Stahlproduktion und damit der Verbrauch an Koks-kohle in der Industrie ist stark zurückgegangen. Dies aber sind die beiden wichtigsten Absatzbereiche der Steinkohle. In der „übrigen Industrie“, dem potentiell wichtigsten Sektor für eine Steigerung des Kohleverbrauchs, macht die Substitution anderer Energieträger durch Kohle nur langsam Fortschritte.

Die Prognosen der EG-Kommission über den zukünftigen Kohleverbrauch in der EG sahen noch Anfang der 80er Jahre eine rasche Rückkehr zu einem mittelfristigen Wirtschaftswachstum von rd. 3 % pro Jahr und eine zügige Erschließung neuer Einsatzbereiche für Kohle voraus. Seit 1982 sind die Schätzungen pessimistischer<sup>10</sup>. Entsprechend haben sich die Aussichten für den Absatz von EG-Kohle grundsätzlich verschlechtert, denn es ist nicht damit zu rechnen, daß die Wettbewerbsfähigkeit der in der EG geförderten Steinkohle gegenüber der Importkohle künftig steigt.

Überlegungen zur Höhe des künftigen Verbrauchs von Kohle in der EG werden durch die umfangreichen staatlichen Interventionen in den Förderländern erschwert. Die Abschirmung der nationalen Energiemärkte gegen die Importkohle erleichtert es dem Kohlebergbau, Preiserhöhungen durchzusetzen, da der andernfalls dämpfende Einfluß der Importkohle auf das Kohlepreisniveau in den Förderländern mehr oder weniger ausgeschaltet wird. Der Kohleverbrauch insgesamt wäre ohne derartige Interventionen höher als unter dem gegenwärtigen Marktssystem. Die Kohlepolitik der Förderländer nimmt insoweit einen Widerspruch zu dem deklarierten Ziel, die Abhängigkeit vom Öl zu verringern, in Kauf.

Der künftige Einsatz von Steinkohle wird weiterhin wesentlich durch die Energie- und speziell Kohlepolitik der Förderländer bestimmt werden. Für die Aufrechterhaltung der Produktion in den vier Förderländern mit staatlicher Hilfe werden als Gründe angeführt:

- Eine erhebliche dauerhafte Einschränkung der Förderung schafft schwerwiegende strukturelle Probleme für die Beschäftigung in den betroffenen Regionen, da ausreichende Beschäftigungsalternativen nicht in Sicht sind.
- Die Steinkohlereserven sind für die EG die wichtigste und für die Mehrzahl der Förderländer die einzige bedeutende eigene Energieressource. In dem Maße, wie darauf zurückgegriffen wird, erhöht sich die Versorgungssicherheit (Argument der Versicherungsprämie), zumal einmal erfolgte Zechenschließungen sich kaum mehr rückgängig machen lassen.

Das Argument der Versorgungssicherheit durch eigene Kohle wird zumeist in so absoluter Form benutzt, daß dabei eine umfassende Analyse der Probleme, die mit der anhaltenden Subventionierung verbunden sind, nicht zustande kommt. Vor allem werden die Kosten der

angestrebten Versorgungssicherheit vernachlässigt; in den Förderländern scheint die Einschätzung vorzuherrschen, daß dies angesichts der unsicheren Weltlage gerechtfertigt ist. Die Energiepolitik müßte aber Nutzen und Kosten sorgfältig gegeneinander abwägen. So wäre zu prüfen, ob andere Vorsorgemaßnahmen, wie etwa die staatliche Ölbevorratung, die Versorgungssicherheit nicht zu erheblich niedrigeren Kosten erhöhe, ohne daß das gesamtwirtschaftliche Energiepreisniveau so wie gegenwärtig durch die Verwendung des heimischen Energieträgers Kohle erhöht wird. Und auch hinsichtlich der regionalen beschäftigungspolitischen Ziele, die die Kohlepolitik verfolgt, stellt sich die Frage, ob nicht mit insgesamt gleichem oder sogar geringerem Aufwand Lösungen möglich sind, die den erforderlichen Strukturwandel in den Bergbaugebieten fördern, statt ihn – wie gegenwärtig – zu hemmen. Längerfristig würde dies Aussichten auf einen Abbau der staatlichen Subventionslast eröffnen.

Innerhalb der EG wird das Argument der Versorgungssicherheit dazu benutzt, die Länder ohne eigene Förderung zu einer stärkeren Beteiligung an den Kohlesubventionen zu bewegen. Diese Länder sind aber nach wie vor bestrebt, eine EG-Kohlepolitik zu verhindern, die mit zusätzlichen Kosten für sie verbunden ist. Die Subventionierung des Steinkohlebergbaus wird daher weiterhin vor allem von den Förderländern getragen werden.

### Anzeichen einer Kursänderung

Zugleich mit dem Wachsen der Kohlehalden haben auch die längerfristigen Prognosen eines weiteren kräftigen Anstiegs der Ölpreise und damit der Schaffung neuer Spielräume für eine Anhebung der Kohlepreise an Wahrscheinlichkeit verloren. Daher wird innerhalb der EG neuerdings verstärkt eine Kursänderung diskutiert. Grundsätzlich herrscht Übereinstimmung, daß die zu ergreifenden Maßnahmen

- längerfristig eine Kohleförderung zu „wirtschaftlichen Bedingungen“ ermöglichen sollen, wie es auch nach den EGKS-Bestimmungen Vorbedingung für die Zulässigkeit nationaler Beihilfen ist;
- die Restriktionen in der Energieverwendung vermindern und die energiepolitisch erwünschten Substitutionsprozesse – „weg vom Öl“ – nicht behindern sollen.

Nach der Vorlage eines Kommissionspapiers über die Rolle der Kohle in der Energiestrategie der EG hatte der EG-Ministerrat die Kommission im Dezember 1982 um konkrete Vorschläge für Gemeinschaftsmaßnahmen gebeten. Die entsprechenden Mitteilungen der Kommission<sup>11</sup> enthalten Vorschläge zur verstärkten

<sup>10</sup> Vgl. ebenda, S. 2 f.; sowie EG-Kommission: Energiestrategie der Gemeinschaft: Fortschritt und Leitlinien für künftige Maßnahmen, Dokument KOM (83) 305 vom 2.6.1983, Annex 1.

<sup>11</sup> Dokument KOM (83) 54, KOM (83) 309 und KOM (83) 447.

Verwendung von Kohle und zum innergemeinschaftlichen Kohlehandel, zur Modernisierung und Restrukturierung der Förderung, zur Haldenfinanzierung, zum Kohleimport aus Nicht-EG-Ländern, zum Umweltschutz und zur Forschung und Entwicklung. Die Kommission beziffert die Kosten der vorgeschlagenen Maßnahmen nicht, weist aber vorsorglich darauf hin, daß eine Realisierung eine wesentliche Erhöhung der Haushaltsmittel im Kohlebereich erfordere. Schon im Hinblick auf die prekäre Haushaltslage der EG sowie der Mitgliedsländer dürfte daher schließlich, wenn überhaupt, nur ein stark verkleinerter Maßnahmenkatalog übrig bleiben.

Entscheidend bleiben jedoch, wie schon bisher, die nationalen Maßnahmen in den Kohleländern. Hier zeichnet sich – außer in Belgien – eine Revision der Förderziele ab. So hat die französische Regierung, die offiziell noch an ihrem Förderziel von 30 Mill. t festhält, bereits beschlossen, die Kohlesubventionen nicht weiter zu erhöhen. Daher wird inoffiziell bereits von einer Senkung der projektierten Förderung auf 15 Mill. t gesprochen, falls die von der nationalen Kohlegesellschaft vorgeschlagene Schließung unrentabler Zechen und Verminderung der Beschäftigtenzahl um „einige tausend“ ab 1984 verwirklicht wird<sup>12</sup>.

In Großbritannien ist der „Plan for Coal“ von 1974, der auf eine Ausweitung der Förderung hinauslief, 1983 zum ersten Mal offiziell, nämlich vom Präsidenten des „National Coal Board“, in Frage gestellt worden<sup>13</sup>. Das ursprüngliche Förderziel, das 170 Mill. t am Ende des Jahrhunderts vorsah, wird mittlerweile als zu hoch eingeschätzt. Zwar wird der Aufschluß neuer Produktionsstätten fortgesetzt, um aber den Steinkohlebergbau wettbewerbsfähig zu machen, sollen nunmehr unrentable Zechen geschlossen werden. So ist vorgesehen, eine Förderkapazität von 12 Mill. t pro Jahr, die die größten Verluste bringt, aufzugeben<sup>14</sup>.

### Kohlepolitik der Bundesrepublik

Die bisher einzige offizielle Revision der Förderziele erfolgte in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der jüngsten Kohlerunde. Die Bundesregierung spricht von einer Verringerung um 10 Mill. t. Auf diese Größenordnung wird nunmehr der jährliche Produktionsüberschuss geschätzt, da der Energiebedarf auch mittelfristig hinter früheren Prognosen zurückzubleiben scheint. Ob die veränderte Tendenz ausreichend berücksichtigt ist,

ist angesichts aufkommender Forderungen von Kraftwerksbetreibern, die Abnahmeverpflichtungen aus dem sogenannten Jahrhundertvertrag wegen der schwachen Entwicklung der Stromnachfrage zu vermindern, allerdings zweifelhaft.

Obwohl die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung grundsätzlich auf eine Stärkung marktwirtschaftlicher Mechanismen und eine Verringerung von Subventionen gerichtet ist, wird der bisherige Kurs der Kohlepolitik, abgesehen von der Herabsetzung des Förderziels, offenbar nicht wesentlich geändert. Zwar sind die Maßnahmen, die im Rahmen eines geplanten fünfjährigen Sanierungsprogramms ergriffen werden sollen, im einzelnen noch nicht bekannt. Aber der Absatz deutscher Steinkohle wird weiterhin weitgehend durch die „Reservierung“ der geschützten Marktsegmente Kraftwerke und Stahlindustrie bestimmt werden. An den außenwirtschaftlichen Bedingungen wird sich voraussichtlich ebenfalls wenig ändern, da die Bundesregierung weder den Kohleimport stärker beschränken noch den Kohleexport zusätzlich subventionieren will.

Sowohl in der Bundesrepublik als auch in den anderen Kohleländern der EG legt die Verschlechterung der Staatsfinanzen in den letzten Jahren die Überlegung nahe, ob die Aufrechterhaltung der Kohleförderung in einer Größenordnung, auch wie sie sich gegenwärtig abzeichnet, angesichts der günstigeren Perspektiven für die Energiemärkte nicht eine zu hohe „Versicherungsprämie“ im Vergleich zu anderen Möglichkeiten erfordert. Demgegenüber spielt offenbar in der Kohlepolitik das Bestreben eine entscheidende Rolle, die wirtschaftliche Aktivität und die Beschäftigung in den kohlefördernden Regionen zu stützen. Dies mag kurzfristig gelingen, mittelfristig allerdings – wie schon bisher – um den Preis einer weiteren Verzögerung des an sich unvermeidbaren Strukturwandels. Zunächst bleibt dabei die Möglichkeit außer acht, die erforderlichen Mittel zukunftssträchtiger einzusetzen. Darüber hinaus wird aber auch eine Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen für eine Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums dadurch erschwert, daß die steigenden Subventionen zur Stützung notleidender Wirtschaftszweige die erforderliche Konsolidierung der Staatsfinanzen behindern. Andererseits werden gerade die zunehmenden haushaltspolitischen Zwänge in den Kohleländern der EG die finanziellen Spielräume zur Stützung der Kohleförderung zunehmend einengen. Ob sich daraus eine Tendenz zur Einführung von mehr marktwirtschaftlichen Elementen auf dem Kohle- und damit Energiemarkt ergibt, ist allerdings angesichts der vielfältigen Ansätze für staatliche Regulierungen fraglich.

<sup>12</sup> Vgl. Coal Board aims to shut pits and shed jobs, in: Financial Times vom 27. 10. 1983.

<sup>13</sup> Vgl. John Lloyd: Coal chief signals end of industry's energy plan, in: Financial Times vom 8.3.1983.

<sup>14</sup> Vgl. John Lloyd: Different views on shape of the coal industry, in: Financial Times vom 26. 10. 1983.